



Tagesordnung Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 2. November 2016

Vorlagen-Nr. 16-V-50-0013

Geflüchtete in Wiesbaden; Konzept GU.plus

Beschluss Nr. 0082

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen,
 - 1.1 dass in den Ämtern 50 und 51 das Konzept GU.plus für Gemeinschaftsunterkünfte > 250 Plätze entwickelt wurde.
 - 1.2 dass für diejenigen Mitarbeitenden in der Arbeitsgruppe 500132 Sozialdienstliche Betreuung, die verantwortliche Ansprechpartner für eine GU.plus sind (insbesondere zur Einbindung und Koordinierung des Bürgerschaftlichen Engagements in die jeweilige GU.plus) künftig einmal je GU.plus der Personalschlüssel 1:50 zu Grunde gelegt wird.
 - 1.3 dass bei GU.plus ab 400 Plätzen künftig einmal je GU der Personalschlüssel 1:80 zu Grunde gelegt wird, da bei GU ab 400 Plätzen eine Unterstützung der/des GU verantwortlichen Ansprechpartners erforderlich ist.
 - 1.4 dass für alle weiteren Mitarbeitenden der Sozialdienstlichen Betreuung Asyl der Personalschlüssel von 1:100 fort gilt.
 - 1.5 dass die durch das Konzept GU.plus zusätzlichen Personalbedarfe 3 VZÄ S 14 betragen.
 - 1.6 dass im Doppelhaushalt 2018/19 zur Umsetzung des Konzeptes zusätzliche Mittel für die Bereiche Elternbildung, Angebote für Kinder zur Vorbereitung auf den Besuch einer Kindertagesstätte und die laufende Pflege der gestalteten Außenanlagen (Spielplätze, Urban Gardening) benötigt werden; Dezernat II/50 wird diese entsprechend anmelden.
2. Dem Konzept GU.plus wird zugestimmt
3. Zum Stellenplan 2018/2019 werden (zunächst befristet bis zum 31.12.2019) drei Vollzeitplanstellen im Stellenwert S 14 bei 500132 Sozialdienstliche Betreuung angemeldet. Die Planstellen sind mit einem kw-Vermerk zu versehen. Dezernat II/50 wird ermächtigt, die Besetzung der Planstellen ab dem 01.01.2017 überplanmäßig zu realisieren.
4. Je GU.plus (aktuell vier, ab 12.2016 fünf) wird in 2017 einmalig ein Gesamtbudget im Umfang von 30.000 € zur Gestaltung der Außenflächen und sonstiger notwendiger Anschaffungen/ Einrichtungen (z. B. Begegnungscafé, Hausaufgabenräume) aus dem Budget des Dezernates zur Verfügung gestellt; insgesamt 150.000 €.
5. Zusätzlich werden einmalig 100.000 € für die Ausgestaltung des Außengeländes der Hans-Bredow-Straße benötigt (siehe Erläuterungen dazu in der Begründung). Auch diese Mittel werden aus dem Dezernatsbudget zur Verfügung gestellt.

6. Unabhängig vom Konzept GU.plus wird im Bereich der neu zu schaffenden Arbeitsgruppe (500133 Sozialdienstliche Betreuung) zum Stellenplan 2018/2019 (zunächst befristet bis 31.12.2019) eine Vollzeitplanstelle „Arbeitsgruppenleitung“ im Stellenwert S 17 Fg 6 geschaffen und kann vorab der Beschlussfassung und Genehmigung zum Stellenplan 2018/2019 ab dem 01.01.2017 besetzt werden. Die Planstelle ist mit einem kw-Vermerk zu versehen.
7. Der Magistrat (Dezernat II/50) wird zur Schaffung der organisatorischen Struktur der zusätzlichen Arbeitsgruppe (500133) beauftragt, in Verbindung mit Dezernat III/11 eine entsprechende Organisationsverfügung zu erstellen.
8. Der Magistrat (Dezernat II/50 in Verbindung mit Dezernat VI/20) wird beauftragt, im Jahresabschluss 2016 zu prüfen, wie hoch der tatsächliche Mehrbedarf für die Einführung des Konzeptes GU.plus ausfällt und ob eine anteilige Finanzierung aus der Flüchtlingszusetzung im Haushalt 2016/2017 erfolgen kann. Die Mittel für den Haushalt 2018/2019 sind im Rahmen der Budgetvorgaben anzumelden. Nach Schließung einer Gemeinschaftsunterkunft sind die Stellen unverzüglich abzubauen.
9. Die haushaltstechnische Umsetzung erfolgt zwischen Dezernat VI/20 und Dezernat II/50.
10. Der Magistrat (Dezernat II/50 in Verbindung mit Dezernat III/11) wird beauftragt, bis 30.09.2018 den zusätzlichen bewilligten bzw. einen evtl. erforderlichen dauerhaften Personalbedarf durch zusätzliche Informationen zur Fallzahlen- und Aufgabenentwicklung sowie der Auslastung der Gemeinschaftsunterkünfte über 250 Plätze zu begründen.
11. Die Ausführungen von Bürgermeister Goßmann werden zur Kenntnis genommen, wonach der Magistrat (Dezernat II in Abstimmung mit Dezernat VI/20) die Gesamtausgaben für Geflüchtete bis Ende des Jahres vorlegen wird.

(antragsgemäß Magistrat 01.11.2016 BP 0748)

Tagesordnung II

Wiesbaden, .11.2016

Lambrou
Vorsitzender